

## Glossar zur Nachhaltigkeit

### Brundtland-Bericht (1987)

1983 gründeten die Vereinten Nationen die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), die einen Bericht zur weltweiten umweltschonenden Entwicklung bis zum Jahr 2000 entwickeln sollte. Vorsitzender der Kommission wurde die damalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Nach ihr ist der vier Jahre später unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ veröffentlichte WCED-Bericht benannt. Der „Brundtland-Bericht“ entwickelte erstmals das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ („sustainable development“). Darunter verstand die Kommission eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ Dieses Leitbild beeinflusste die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik maßgeblich, weil es die Grundlage einer integrativen globalen Politikstrategie bildete – und damit die Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 herbeiführte.

### Green Economy

Als Green Economy wird eine an ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Profitabilität und sozialer Inklusion ausgerichtete Wirtschaftsweise verstanden. Der Begriff ergänzt das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und bildet eines der Leitthemen der UN-Konferenz „Rio+20“ über nachhaltige Entwicklung (UNCSD), die 2012 in Rio de Janeiro stattfindet. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon beschreibt Green Economy als einen Ansatz, „der unter einem Banner die gesamte Bandbreite wirtschaftlicher Politiken mit Relevanz für nachhaltige Entwicklung“ vereint. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) definiert sie als eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden.“ In einer Green Economy fließen Investitionen demnach vor allem in Maßnahmen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sowie die Umweltverschmutzung senken, die Energie- und Ressourceneffizienz erhöhen und die Artenvielfalt bewahren.

### Greenwashing

Greenwashing meint eine PR-Strategie in der Wirtschaft, bei der Unternehmen oder ganzen Branchen ein „grünes Mäntelchen umgehängt“ wird, um nachhaltiges Handeln zu simulieren. Greenwashing konstruiert ein umwelt- oder verantwortungsbewusstes Image, das in der Realität nicht besteht. Hintergrund ist: Unternehmen haben erkannt, dass sich Verantwortung für Mensch und Umwelt „rechnet“, ihnen also Pluspunkte in der Öffentlichkeit – und bei der Kundschaft – einbringt. Verbraucher lassen sozial-ökologische Kriterien zunehmend in ihre Kaufentscheidungen einfließen. Insofern ist Nachhaltigkeit zu einem Verkaufsargument geworden, mit dem heute selbst Automobil- und Energiekonzerne werben. Oftmals sind deren Darstellungen jedoch beschönigend, worauf auch der Begriff des Greenwashing anspielt. Er setzt sich zusammen aus der Farbe Grün (engl.: „green“) als

Symbol für Umwelt und Natur und dem Waschen (im Sinne von Reinwaschen) bzw. Schönfärben (engl.: „whitewashing“) und kann im Deutschen auch als „Grünfärberei“ übersetzt werden.

### „Grenzen des Wachstums“ (1972)

Der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ zur Zukunft der Weltwirtschaft gilt als eine der Ur-Studien zur nachhaltigen Entwicklung und markierte den Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit. Der Bericht wurde 1972 im Auftrag des „Club of Rome“ unter der Führung der Umweltwissenschaftlerin Donella H. Meadows und ihres Ehemanns, des Ökonomen Dennis L. Meadows, in Zusammenarbeit mit 15 weiteren Wissenschaftlern erstellt. „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“, lautet die entscheidende Analyse des Berichts. Dieser wachstumskritischen, pessimistischen Haltung wurde der Appell entgegengestellt, die Menschheit habe noch die Chance, „durch ein auf die Zukunft bezogenes gemeinsames Handeln aller Nationen die Lebensqualität zu erhalten und eine Gesellschaft im weltweiten Gleichgewicht zu schaffen, die Bestand für Generationen hat.“ Gesucht werde ein Modell, das „1. nachhaltig ist ohne plötzlichen und unkontrollierbaren Kollaps und 2. fähig ist, die materiellen Grundansprüche aller seiner Menschen zu befriedigen.“

### Kyoto-Protokoll

Das Kyoto-Protokoll wurde am 11. Dezember 1997 auf der UN-Konferenz in Kyoto (Japan) unterzeichnet. Das Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) legt erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest, welche die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind. Das Protokoll sollte in Kraft treten, sobald mindestens 55 Staaten, die zusammengerechnet mehr als 55 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen des Jahres 1990 verursachten, das Abkommen ratifiziert haben. Da sich die USA als großer Emittent weigerten, dem Protokoll beizutreten, dauerte es bis zur Ratifizierung durch Russland Ende 2004, bevor das Kyoto-Protokoll am 16. Februar 2005 in Kraft treten konnte. Es sieht vor, den jährlichen Treibhausgas-Ausstoß der Industrieländer innerhalb der ersten Verpflichtungsperiode bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Deutschland wurde verpflichtet, sein CO<sub>2</sub>-Aufkommen um 21 Prozent zu drosseln, was bis 2007 gelang. Ein Nachfolge-Protokoll für Kyoto, das mehr Länder in die Pflicht nimmt und die Reduktionsziele erhöht, kam auf den UN-Klimakonferenzen in Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) nicht zustande. Auf der UN-Klimakonferenz in Durban (2011) einigten sich die Staaten darauf, das Kyoto-Protokoll ab 2013 mit einer zweiten Verpflichtungsperiode zu verlängern. Deren genaue Ausgestaltung erfolgt Ende 2012 auf der UN-Klimakonferenz in Katar.

## Rio-Konferenz (1992)

Die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro vom 3. bis 14. Juni 1992 wird heute oft als „Erdgipfel“ bezeichnet: Rund 10.000 Delegierte aus 178 Staaten nahmen an der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung teil und verabschiedeten verschiedene Konventionen zum Klimaschutz, zur Biodiversität, zum Waldschutz und zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Die Deklaration von Rio über Umwelt und Entwicklung umfasste 27 Prinzipien, die erstmals das Recht auf nachhaltige Entwicklung als globales Leitbild für das 21. Jahrhundert verankerten: „Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur. (...) Das Recht auf Entwicklung muss so verwirklicht werden, dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen der heutigen und der kommenden Generationen in gerechter Weise entsprochen wird“, heißt es im ersten und dritten Artikel der Deklaration. Mit der Agenda 21 formulierte der Gipfel zudem ein Aktionsprogramm, das die Nationalstaaten verpflichtete, in Form von Strategien sowie nationalen und lokalen Umwelt- und Aktionsplänen nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit der Bevölkerung zu verwirklichen. Nach der Konferenz von Rio wurde das sogenannte „Dreieck der Nachhaltigkeit“ mit den Eckpunkten Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gebräuchlich. Die Umsetzung der Konventionen wurde in der neu gegründeten Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) überwacht und in zwei Folgekonferenzen (New York 1997, Johannesburg 2002) diskutiert. Mit „Rio+20“ steht 2012, erneut in Rio de Janeiro, der Umweltgipfel zum 20-jährigen Bestehen der Rio-Konferenz an.

*Die Wissenschaftsjahre sind eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit Wissenschaft im Dialog (WiD). Seit dem Jahr 2000 fördern sie den Austausch zwischen Öffentlichkeit und Forschung. Im Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde stehen drei zentrale Fragen im Mittelpunkt: Wie wollen wir leben? Wie müssen wir wirtschaften? Und: Wie können wir unsere Umwelt bewahren? Damit fördert das Wissenschaftsjahr 2012 die gesellschaftliche Debatte über die Ziele, Herausforderungen und Aktionsfelder einer nachhaltigen Entwicklung.*

## Kontakt

Redaktionsbüro Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde  
 Katja Wallrafen | Victoria Vigener  
 Saarbrücker Straße 37 | 10405 Berlin  
 Tel.: +49 30 319864055 | Fax: +49 30 818777-25  
 redaktionsbuero@zukunftsprojekt-erde.de  
 www.zukunftsprojekt-erde.de